

## Call for Papers

**Die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb vergibt Stipendien an Studierende und junge Absolvent/innen für ein vierwöchiges Seminar, das im Herbst 2007 jeweils zwei Wochen in Deutschland und Namibia stattfindet.**

**Die Kosten werden von der Bundeszentrale für politische Bildung übernommen.**

Die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb ist eine nachgeordnete Behörde des deutschen Bundesministeriums des Innern, die 1952, drei Jahre nach Entstehung der Bundesrepublik Deutschland, in Bonn gegründet wurde. Ihre Aufgabe ist es, das demokratische Bewusstsein in Deutschland zu fördern, indem sie die Bevölkerung über politische, soziale, ökonomische und rechtliche Themen informiert, die öffentliche politische Diskussion fördert und organisiert und die aktive Beteiligung der Bürger am politischen Leben unterstützt. Zu diesem Zweck arbeitet die bpb mit Schulen, Hochschulen, Volkshochschulen, freien Bildungsträgern und einer Vielzahl von Partnern in Politik, Wissenschaft, Medien und Wirtschaft zusammen. Sie gibt eine Vielzahl von Buch- und Zeitschriftenreihen zu aktuellen politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Themen sowie zeitgeschichtlichen Vorgängen heraus. Die bpb organisiert und fördert Informations- und Diskussionsveranstaltungen in Form von Seminaren, Workshops, Tagungen und Kongressen. Über die Website [www.bpb.de](http://www.bpb.de) wird das Angebot der bpb breit zugänglich gemacht und darüber hinaus eine Vielzahl von Informationen und Hintergrundwissen zu wichtigen politischen Fragen zur Verfügung gestellt. Mit speziellen Netz- und CD – Angeboten sowie Ausstellungen und politisch-kulturellen Veranstaltungen (z.B. Theater- und Jugendfestivals, Film- und Musikveranstaltungen) werden insbesondere junge und politikferne Menschen angesprochen, die mit klassischen Formaten nicht erreichbar sind.

Damit bietet die Bundeszentrale für politische Bildung ein umfassendes Programm zur kritischen Auseinandersetzung mit aktuellen Fragen zu Gesellschaft und Politik in Deutschland, aber auch in allen anderen Regionen der Welt. Sie hat den Auftrag, Programme zu entwickeln, um Toleranz und Achtung zwischen den Menschen zu fördern und sie zu bestärken, sich insbesondere gegen jede Form von Extremismus, Fundamentalismus und Rassismus zugunsten gelebter Werte einer pluralistischen Demokratie einzusetzen.

Ein vierwöchiges Austauschseminar, das die bpb auf Initiative des Bundespräsidenten organisiert, soll nun dazu beitragen, die Wissenskluff zwischen afrikanischer Realität und deutscher Wahrnehmung bzw. deutscher Realität und afrikanischer Wahrnehmung zu überwinden und durch die persönliche interkulturelle Begegnung junger Nachwuchswissenschaftler/innen den interdisziplinären Austausch und die fachliche Weiterbildung zu fördern. Ein wichtiges Anliegen des Programms ist es, Multiplikatoren für eine partnerschaftlich deutsch-afrikanische Zukunft zu gewinnen und Kontakte zwischen deutschen und afrikanischen Nachwuchsfachkräften, aber auch zu profilierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Wirtschafts- Politik- und Rechtswissenschaften und zu Politikern und Politikerinnen zu knüpfen.

Die Veranstaltung richtet sich vor allem an Studierende und junge Absolventen bis 27 Jahren der Fächer Politikwissenschaft, Neuere Geschichte, Internationale Beziehungen, Volkswirtschaftslehre und Rechtswissenschaften. Diese sind eingeladen, vier Wochen an einem Informationsprogramm teilzunehmen, das vom 20. August bis zum 16. September 2007 jeweils zwei Wochen in Deutschland und Namibia stattfinden wird. Das Programmangebot umfasst sowohl Gespräche mit politischen Entscheidungsträgern, Wissenschaftler/innen und Journalist/innen aus beiden Ländern, als auch die Teilnahme an politischen und kulturellen Veranstaltungen sowie an Exkursionen in Deutschland, Belgien (Brüssel-EU) und Namibia. Die Seminarsprache ist Englisch, die Teilnehmerzahl ist auf 24 Personen, davon zwölf aus dem südlichen Afrika und zwölf aus Deutschland beschränkt.

Interessierte Studierende und Absolventen sollen sich mit einem Essay von max. drei DIN-A4-Seiten (ca. 1800 Zeichen pro Seite) in englischer Sprache bei der Bundeszentrale für politische Bildung bewerben. Dem Essay sind ein tabellarischer Lebenslauf und ein Foto beizufügen (folgende Informationen müssen angegeben werden: Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Beruf,

Tätigkeit/Studienrichtung, Studien- bzw. Arbeits- und Wohnort). Darüber hinaus ist eine Erklärung darüber abzugeben, dass das Essay selbst und ohne fremde Hilfe erstellt wurde.

**Die Bewerbung ist per Mail zu richten an die Bundeszentrale für politische Bildung bis zum 31.01.2007:**

**vetterj@bpb.de**

Das Thema für das Essay kann aus folgenden Vorschlägen gewählt werden:

### 1. Wirtschaftspolitik

Wirtschaftliche Entwicklung, internationaler Wettbewerb und Ausbildung von Fachkräften sind zentrale Herausforderungen in überwiegend allen Ländern Afrikas. Nicht nur ungünstige Startbedingungen nach der Unabhängigkeit der einzelnen Länder, auch wirtschaftspolitische Fehlentscheidungen haben dazu geführt, dass heute nur einige Länder Afrikas als „emerging countries“ bezeichnet werden. Darüber hinaus verlassen gut ausgebildete Fachkräfte ihre Heimat, um in den Ländern des Nordens eine besser bezahlte Anstellung zu finden (brain drain). Ein ähnliches Phänomen des Fachkräftemangels begegnet uns mittlerweile in Deutschland in einigen Teilen der neuen Bundesländer. Gerade junge gut ausgebildete Akademiker und Fachkräfte zählen zu den mobilen Teilen der Gesellschaft und versuchen, in wirtschaftlich besser gestellten Gegenden Deutschlands oder im europäischen Ausland adäquate Arbeit zu finden.

- a) Stellen Sie die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Folgen dar, die mit einer Abwanderung gut ausgebildeter Kräfte einhergehen.
- b) Welche Maßnahmen können ergriffen werden, um einem Fachkräftemangel entgegen zu wirken.

### 2. Pressefreiheit

Namibia ist eines der ersten afrikanischen Länder, das seit 1990 ausdrücklich die Freiheit der Medien als Teil des Rechts auf Meinungsfreiheit verfassungsmäßig anerkannt hat. Zudem unterzeichnete Namibia die African Charter on Human and Peoples' Rights, in welcher das Recht auf Meinungsfreiheit statuiert ist. Insgesamt hat sich die Medienlandschaft im südlichen Afrika im Hinblick auf Verbreitung, Vielfalt, sowie private Presse- und Rundfunkanstalten und der medienrechtlichen Diskussion positiv entwickelt. Dennoch sind einem freien, differenzierten und Kritik zulassenden Journalismus in einigen Ländern des südlichen Afrika Grenzen gesetzt. Die freie Medienberichterstattung ist ein Grundpfeiler der freiheitlich demokratischen Grundordnung. In Deutschland ist sie seit 1949 verfassungsrechtlich verbürgt, in der DDR war sie bis 1989 stark eingeschränkt.

- a) Skizzieren Sie die Bedeutung einer freien Medienberichterstattung für die Entwicklung von freiheitlichen demokratischen Gemeinwesen. Erörtern Sie die Probleme von Grenzsituationen (z.B. „Mohammed- Karikaturen)
- b) Vergleichen Sie die Mediensysteme in Deutschland und in einem Staat des südlichen Afrikas und zeigen sie jeweils Beispiele für aktuelle Problemlagen auf.

### 3. Demokratie und Stabilität in der Demokratischen Republik Kongo

Mit der Stichwahl zwischen Amtsinhaber Joseph Kabila und seinem Herausforderer Jean-Pierre Bemba am 29. Oktober 2006 sollte die Übergangsperiode in der Demokratischen Republik Kongo beendet werden, die im Dezember 2002 nach Intervention der internationalen Gemeinschaft, von Vertreterinnen und Vertretern der Regierung, der wesentlichen bewaffneten Konfliktparteien, der politischen Opposition und der Zivilgesellschaft eingeleitet worden war. Die Vereinbarung einer

Übergangsperiode, des sog. "Accord Global et Inclusif", an dessen Ende die Wahlen stehen sollten, hatte neben einer Aufteilung der Macht eine neue Übergangsverfassung vorgesehen.

Während der Wahlen am 30. Juli 2006 und der Stichwahl ist es zu keinen nennenswerten Unruhen gekommen, was als Verdienst der in der Region stationierten UN-Soldaten gilt. Die friedlich verlaufenen Wahlen allein können jedoch keine dauerhafte, stabile Demokratie und die Sicherheit für die verschiedenen Ethnien im Land garantieren, auch wenn sie eine unerlässliche Voraussetzung sind. Der Kongo mit seinen riesigen Vorkommen an Coltan, Kupfer, Uran, Gold, Diamanten und Öl steht stattdessen vor vielfältigen politischen, ökonomischen und militärischen Herausforderungen mit unterschiedlichsten Interessenlagen im In- und Ausland.

- a) Welche Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden, um eine politisch stabile Demokratie und einen dauerhaften Frieden für die verschiedenen Ethnien im Kongo zu begründen?
- b) Welche Rolle können AU, aber auch die SADC spielen, der die DR Kongo bereits 1997 beigetreten ist?